

BESCHLUSS XIII – PAPUA-NEUGUINEA

THEMA: AGENDA 2030 FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

BETREFF: BEKÄMPFUNG DER ILLEGALEN, NICHT GEMELDETEN UND UNREGULIERTEN FISCHEREI (IUU-FISCHEREI)

Die Generalversammlung,

- Alarmiert über die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgen der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei (IUU-Fischerei), durch die viele Küstenstaaten eines wesentlichen Teils ihrer Ressourcen und Einnahmen beraubt werden,
- In Erinnerung rufend dass das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen den Staaten das souveräne Recht anerkennt, die lebenden Ressourcen in ihrer ausschließlichen Wirtschaftszone zu nutzen, zu bewirtschaften und zu erhalten,
- Bedauernd das Fehlen internationaler Entscheidungsmechanismen, die es den von der IUU-Fischerei betroffenen Staaten ermöglichen würden, ihre Hafeninfrastrukturen, ihre marinen Ressourcen und ihre Lebensgrundlagen auf nachhaltige Weise wiederherzustellen,
- Empört über die Untätigkeit mehrerer Staaten gegenüber IUU-Fischereiaktivitäten, die von ihren eigenen Staatsangehörigen durchgeführt werden, wodurch die Achtung des Seerechts geschwächt wird,
- Hervorhebend dass kein Staat für sich in Anspruch nehmen kann, nachhaltige Entwicklung zu verteidigen, während er gleichzeitig die von seinen eigenen Staatsangehörigen begangene IUU-Fischerei ignoriert,
- Überzeugt dass der Kampf gegen die illegale Fischerei nur dann nachhaltig gewonnen werden kann, wenn die Staaten Verantwortung übernehmen und sich verpflichten, den den betroffenen Ländern zugefügten Schaden wiedergutzumachen,
- Beschließt unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen einen internationalen Entschädigung Mechanismus einzurichten, um die durch die IUU-Fischerei verursachten Verluste zu bewerten, der folgende Aufgaben übernehmen soll:
- die Einrichtung eines internationalen Programms für gemeinnützige Arbeiten, das es wegen IUU-Fischerei verurteilten Fischern ermöglicht, im maritimen Sektor der betroffenen Staaten zu arbeiten, als Ersatz für eine Freiheitsstrafe;
 - in Erinnerung zu rufen, dass diese Arbeiten der Rückzahlung der den betroffenen Ländern geschuldeten Schuld dienen, wobei die Löhne vollständig vom Herkunftsstaat der Verurteilten finanziert werden;
 - zu verlangen, dass diese Programme eine Ausbildung in nachhaltiger Fischerei umfassen, um legale Fischerei zu fördern und jede Rückfälligkeit zu verhindern.

Der französische Text ist maßgebend.